

An
Herrn
Univ. Prof. Dr. Dr. h.c. Josef Christian Aigner
Weiherburggasse 27 i
6020 Innsbruck

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an abtiv2@bmeia.gv.at zu richten

Geschäftszahl: 2021-0.226.289

Sehr geehrter Herr Univ. Prof. Dr. Dr. Aigner,

Vielen Dank für Ihr Schreiben an Bundesminister Alexander Schallenberg vom 23. März 2021, das ich in seinem Auftrag als zuständiger Abteilungsleiter beantworten darf.

Eingangs darf ich Ihnen versichern, dass ich Ihre Gefühle für die schwierige Lage, in der sich die Menschen in den Aufnahmezentren auf den griechischen Inseln befinden – insbesondere auch jene Menschen, die aufgrund des Brandes im Flüchtlingslager Moria ihre Unterkunft verloren haben – mehr als nachvollziehen kann.

Ich darf Ihnen versichern, dass der Großteil des von der Bundesregierung beschlossenen Soforthilfepaketes bereits in den griechischen Aufnahmezentren eingelangt ist und zur Versorgung der geflüchteten Menschen genützt wird. Auch die im März 2020 von der Bundesregierung beschlossene Bereitstellung von einer Million Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Verbesserung der Lebensumstände der Flüchtlinge und Migranten in Griechenland wurde zuletzt auf insgesamt drei Millionen Euro erhöht. Diese Mittel werden dem UNHCR für die Vor-Ort-Betreuung von Geflüchteten zur Verfügung gestellt. Der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wurden seitens des Bundesministeriums für Inneres weitere zwei Millionen Euro zur Einrichtung mobiler Teams zur medizinischen Grundversorgung auf griechischen Inseln zur Verfügung gestellt.

Abschließend erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass es der österreichischen Bundesregierung ein besonderes Anliegen ist, entsprechend dem erfolgreichen Konzept der Hilfe in der Region Fluchtursachen zu bekämpfen und den Menschen vor Ort zu helfen, ihre Lebensumstände nachhaltig zu verbessern. Angesichts der humanitären Krisen in vielen Teilen der Welt, auch aufgrund der Corona-Pandemie, hat die Bundesregierung die finanzielle Ausstattung des Auslandskatastrophenfonds daher von 15 auf 50 Millionen Euro

erhöht und damit mehr als verdreifacht. Österreich hat in den letzten Jahren nicht zuletzt durch die Aufnahme und Integration einer großen Anzahl an Hilfesuchenden einen im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten überproportionalen Anteil an Hilfe geleistet und wird diese auch in Zukunft leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Wien, am 16. April 2021

Für den Bundesminister:

Dr. Hannes Schreiber

Elektronisch gefertigt